

Niederschrift

über die 1. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses am 11.09.2014
(10. Wahlperiode)

T a g e s o r d n u n g

Seite

Öffentliche Sitzung.....	6
1 Bestellung eines/einer Schriftführers/in und eines/einer stellvertretenden Schriftführers/in Vorlage: ZD/0066/2014.....	6
2 Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses.....	6
3 Straßenumbenennung "Hindenburgstraße" Vorlage: ZD/0064/2014.....	6
4 Bürgeranregung gemäß §24 GO NRW zum Ausbau der Straße "Am Oberbach" zu einem verkehrsberuhigten Bereich Vorlage: FB5/0053/2014.....	9
5 Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW betr. Denkmal gegen den Sozialismus - zurückgezogen - Vorlage: ZD/0004/2014.....	9
6 Bürgerantrag nach §24 GO NRW zur ÖPNV-Haltestelle Deichweg Vorlage: FB5/0067/2014.....	9
7 Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW vom 20.08.2014 über den Abschluss des Nutzungsvertrages vom 22.06.2009 zwischen der Stadt Meerbusch und dem ASV Lank (Schießanlage Theodor-Mostertz-Sportanlage) Vorlage: SIM/0070/2014.....	9
8 Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses in Meerbusch-Nierst Vorlage: SIM/0068/2014.....	10
9 Umbau des Feuerwehrgerätehauses in Meerbusch - Lank, Mühlenstraße Vorlage: SIM/0072/2014.....	11
10 Erweiterte Informationsangebote für Bürgerinnen und Bürger Vorlage: BM/0032/2014.....	12
11 Genehmigung von Dienstreisen der Ratsmitglieder Vorlage: ZD/0001/2014.....	13
12 2. Bericht zur Finanzsituation 2014 zum 31.08.2014 Vorlage: SFI/0028/2014.....	13
13 Anträge.....	14
14 Anfragen.....	14
14.1 Anfrage der SPD-Fraktion vom 2. September 2014 betr. Ausbau der Bürgerbeteiligung Vorlage: ZD/0007/2014.....	14
14.2 Anfrage der SPD-Fraktion vom 5. September 2014 betr. Krankheitsquote Vorlage: ZD/0008/2014.....	14
15 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle.....	14
16 Termin der nächsten Sitzung.....	15
17 Verschiedenes.....	15
17.1 Fluglärm.....	15
17.2 Stromkonverter.....	15

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
 Ende der Sitzung: 21:10 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Angelika Mielke-Westerlage Bürgermeisterin

von der CDU-Fraktion

Herr Werner Damblon	Ratsmitglied	anwesend ab TOP 4
Herr Hans Jürgen Denecke	Ratsmitglied	
Herr Andreas Harms	Ratsmitglied	Vertreter für Ratsherrn Damblon bis TOP 3
Herr Thomas Jung	Ratsmitglied	
Frau Norma Köser-Voitz	Ratsmitglied	
Frau Renate Kox	Ratsmitglied	
Herr Franz-Josef Radmacher	Ratsmitglied	anwesend bis TOP 25
Herr Hans Werner Schoenauer	Ratsmitglied	Vertreter für Ratsherrn Jürgens
Herr Jörg Wartchow	Ratsmitglied	

von der SPD-Fraktion

Herr Jürgen Eimer	Ratsmitglied
Herr Georg Neuhausen	Ratsmitglied
Frau Nicole Niederdelmann-Siemes	Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt	Ratsmitglied	Vertreter für Ratsherrn Gabernig
Herr Klaus Rettig	Ratsmitglied	

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Jürgen Peters	Ratsmitglied
Frau Dr. Karen Schomberg	Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Herr Christian Staudinger-Napp	Ratsmitglied
--------------------------------	--------------

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Michael Eckert	Ratsmitglied
---------------------	--------------

Beratendes Mitglied / Zentrum

Herr Wolfgang Müller	Ratsmitglied
----------------------	--------------

von der Verwaltung

Herr Dr. Just Gérard	Technischer Beigeordneter
Herr Helmut Fiebig	Stadtkämmerer
Herr Heiko Bechert	Bereichsleiter Fachbereich 1
Herr Ekkehard Deußen	Fachbereich 5
Herr Thomas Fox	Bereichsleiter Rechnungsprüfungsamt
Herr Michael Gorgs	Pressereferat

Herr Claus Klein

Herr Ulrich Mombartz

Frau Gabriele Parschau

Frau Heike Reiß

Herr Christian Volmerich

Frau Alice Wiegand

Herr Jürgen Wirtz

Bereichsleiter Service Immobilien

Vorsitzender Personalrat

Gleichstellungsbeauftragte

Wirtschaftsförderungsreferat

Service Finanzen

Referentin des Bürgermeisters

Bereichsleiter Zentrale Dienste

Schriftführer

Herr Wolfram Olbertz

Zentrale Dienste

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Leo Jürgens

Frau Petra Schoppe

Ratsmitglied

Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Thomas Gabernig

Ratsmitglied

Vor Eintritt in die Tagesordnung berichtet Bürgermeisterin Mielke-Westerlage, dass der Petent zu Tagesordnungspunkt 5 seine Anregung zurückgezogen habe.

Die Anfrage der SPD-Fraktion zum Ausbau der Bürgerbeteiligung möchte sie bei TOP 10 beantworten. Die Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion zu Mehrarbeitsstunden und Krankheitsquoten werde im nichtöffentlichen Teil der Sitzung erfolgen. Hiergegen bestehen seitens des Ausschusses keine Bedenken.

Öffentliche Sitzung

1 Bestellung eines/einer Schriftführers/in und eines/einer stellvertretenden Schriftführers/in Vorlage: ZD/0066/2014

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss beschließt, Herrn Wolfram Olbertz zum Schriftführer und Frau Beate Heidbreder-Thören zur stellvertretenden Schriftführerin für die Niederschriften über die Sitzungen des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses in der Wahlperiode 2014 - 2020 zu bestellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2 Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss wählt den 1. stellvertretenden Bürgermeister Leo Jürgens zum 1. stellvertretenden Vorsitzenden und den 2. stellvertretenden Bürgermeister Jürgen Eimer zum 2. stellvertretenden Vorsitzenden des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert, dass in den vorherigen Wahlperioden die beiden stellvertretenden Bürgermeister zu stellvertretenden Ausschussvorsitzenden gewählt wurden und die Wahl im Ausschuss stets offen erfolgte. Sie bittet anschließend um Wahlvorschläge.

Ratsfrau Kox schlägt zur Wahl des 1. stellvertretenden Ausschussvorsitzenden den 1. stellvertretenden Bürgermeister Jürgens und zur Wahl des 2. stellvertretenden Ausschussvorsitzenden den 2. stellvertretenden Bürgermeister Eimer vor.

Die Wahl erfolgt offen.

3 Straßenumbenennung "Hindenburgstraße" Vorlage: ZD/0064/2014

Beschlussvorschlag:**Alternative 1**

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss folgt der Bürgeranregung von Herrn Dr. Thieme vom 11.06.2013 und beschließt die Hindenburgstraße umzubenennen.

Die Verwaltung wird beauftragt, zur nächsten Sitzung einen Vorschlag für eine neue Namensgebung zu erarbeiten.

Alternative 2

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss beschließt der Bürgeranregung von Herrn Götz Rüdiger Euler vom 16.09.2013 zu folgen und an geeigneter Stelle an der Hindenburgstraße eine Informationstafel aufzustellen, die über die Person Hindenburgs und die mit ihm in Zusammenhang stehenden geschichtlichen Ereignissen informiert. Die Verwaltung wird beauftragt, einen entsprechenden Formulierungsvorschlag zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:**Alternative 1 in geheimer Abstimmung:**

8 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen.

Damit ist die Bürgeranregung abgelehnt.

Alternative 2 b in namentlicher Abstimmung:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	15	3	

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage gibt zunächst einen Rückblick auf die bisherige Diskussion in dieser Angelegenheit und die Informationsveranstaltung mit Herrn Prof. Dr. Nonn von der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Anschließend erhalten Herr Dr. Thieme und Herr Euler erneut Gelegenheit, ihre jeweilige Bürgeranregung zu begründen.

Herr Dr. Thieme stellt dar, Hindenburg sei ein Antidemokrat gewesen, der mit verheerenden Folgen Hitler an die Macht gebracht habe. Vor diesem Hintergrund sei eine weitere Ehrung seiner Person durch eine Straßenbenennung nicht zu vertreten.

Herr Euler erklärt, die negative historische Rolle Hindenburgs sei zweifelsfrei. Doch bestehe nunmehr die Frage, wie man mit der Einordnung und Bewertung dieser Rolle umgehe. Zur Wahrung weiterer Möglichkeiten, sich mit den geschichtlichen Gegebenheiten auseinanderzusetzen, sollte der Straßen-

name erhalten bleiben und mit einem Zusatzschild oder einer möglichen Informationstafel versehen werden.

Ratsherr Peters lehnt eine Beibehaltung der Straßenbenennung nach Hindenburg ab, da dieser die dadurch zum Ausdruck gebrachte Anerkennung und Ehrung nicht verdiene. Bei einer Umbenennung sollte möglichst auch eine Informationstafel auf die vorherige Benennung hinweisen und die Gründe für die Umbenennung darstellen.

Ratsherr Wartchow erklärt für die CDU-Fraktion, diese sei für die Weiterführung des Straßennamens, da er nicht nur ehre, sondern auch mahne und eine Auseinandersetzung mit der Person Hindenburgs fordere. Hierzu sei die Aufstellung einer Zusatztafel möglich.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes lobt die bisherige Auseinandersetzung mit dem Thema. Es sei nunmehr festzustellen, dass Hindenburg ein Antidemokrat gewesen sei, der eine weitere Ehrung durch eine Straßenbenennung nicht verdiene. Eine Beibehaltung des Straßennamens und Aufstellung einer Zusatztafel sei völlig unzureichend. Vorstellen könne sie sich jedoch bei einer Umbenennung einen Hinweis auf die vorherige Benennung.

Ratsherr Rettig ist für eine Umbenennung der Straße, bemängelt jedoch das mangelnde öffentliche Interesse an diesem Thema.

Ratsherr Eckert dankt Herrn Dr. Thieme für seine Darstellung der Rolle Hindenburgs. Eine Umbenennung sei daher überfällig. Die Anbringung eines Zusatzschildes unter der derzeitigen Straßenbenennung sei völlig unzureichend.

Ratsherr Staudinger-Napp schließt sich der Argumentation von Herrn Euler an und ist für eine Beibehaltung des derzeitigen Straßennamens.

Ratsherr Radmacher gibt zu bedenken, dass eine Umbenennung in diesem Fall eine Welle weiterer erforderlicher Umbenennungen zur Folge habe. Hindenburg solle als historische Person gesehen werden, mit der man sich auch auseinandersetzen müsse. Hierzu sei eine Zusatztafel geeignet.

Ratsherr Müller befürwortet ebenfalls eine Beibehaltung des Straßennamens und die Aufstellung einer Zusatztafel.

Ratsherr Peters beantragt eine geheime Abstimmung.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage stellt zunächst fest, dass die Bürgeranregung von Herrn Dr. Thieme auf Straßenumbenennung der weitergehende Antrag ist und lässt über den Antrag auf geheime Stimmabgabe abstimmen. Die hierfür erforderliche Zahl der Ja-Stimmen wird erreicht. Als Auszähler werden die Ratsherren Denecke und Neuhausen bestimmt.

Sodann kommt es zur geheimen Abstimmung über die im Beschlussvorschlag genannte Variante 1.

Nach Auszählung der Stimmen ergeben sich 8 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen. Damit ist die Bürgeranregung von Herrn Dr. Thieme auf Umbenennung der Hindenburgstraße abgelehnt.

Im Weiteren besteht Einigkeit, nunmehr über die Variante 2 b abzustimmen.

Ratsfrau Dr. Schomberg beantragt hierzu namentliche Abstimmung, die nach dem erforderlichen Quorum durchgeführt wird. Die Stimmabgabe der einzelnen anwesenden Ausschussmitglieder ergibt sich aus der als Anlage zu dieser Niederschrift beigefügten Liste. Im Ergebnis folgt der Ausschuss

mehrheitlich der Bürgeranregung des Herrn Euler auf Beibehaltung der Straßenbenennung und Aufstellung einer Zusatztafel an geeigneter Stelle.

- 4 Bürgeranregung gemäß §24 GO NRW zum Ausbau der Straße "Am Oberbach" zu einem verkehrsberuhigten Bereich**
Vorlage: FB5/0053/2014

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss des Rates verweist die Bürgeranregung gemäß §24 GO NRW an den Bau- und Umweltausschuss mit der Empfehlung, über die im Rahmen des Antrages vorgebrachte Anregung zu entscheiden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage weist auf ein ergänzendes Schreiben der Petenten hin, dass dem Ausschuss als Tischvorlage vorliegt.

Anwesende Vertreter der Petenten verzichten auf eine Erläuterung ihrer Anregung.

- 5 Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW betr. Denkmal gegen den Sozialismus - zurückgezogen**
-
Vorlage: ZD/0004/2014

Der Petent hat die Bürgeranregung zurückgezogen..

- 6 Bürgerantrag nach §24 GO NRW zur ÖPNV-Haltestelle Deichweg**
Vorlage: FB5/0067/2014

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss des Rates verweist die Bürgeranregung gemäß §24 GO NRW an den Bau- und Umweltausschuss mit der Empfehlung, über die im Rahmen des Antrages vorgebrachte Anregung zu entscheiden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage begrüßt die Petentin Frau Becker und gibt ihr Gelegenheit, ihre Anregung zu erläutern. Frau Becker nimmt diese Gelegenheit wahr.

Nach kurzer Erörterung innerhalb des Ausschusses hinsichtlich einer möglichen Zuständigkeit des Ausschusses für Planung und Liegenschaft zur Entscheidung in der Angelegenheit besteht Einvernehmen, dass die Verweisung wie vorgesehen an den Bau- und Umweltausschuss erfolgen soll..

- 7 Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW vom 20.08.2014 über den Abschluss des Nutzungsvertrages vom 22.06.2009 zwischen der Stadt Meerbusch und dem ASV Lank (Schießanlage**

Theodor-Mostertz-Sportanlage)
Vorlage: SIM/0070/2014

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss des Rates verweist die Angelegenheit gem. § 24 GO NRW zur Entscheidung an den Ausschuss für Schule und Sport.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert unter Hinweis auf die Beratungsvorlage kurz die Situation und weist auf ein Schreiben des Vorstandes des ASV Lank hin, das dem Ausschuss vorliegt. In diesem Schreiben distanziert sich der Vereinsvorstand von der Darstellung des Petenten.

Herr Unruh erhält als Petent anschließend Gelegenheit seine Anregung zu erläutern. Diese Gelegenheit nimmt er ausführlich wahr.

8 Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses in Meerbusch-Nierst
Vorlage: SIM/0068/2014

Beschluss:

1. Der Haupt- Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss hebt den bestehenden Sperrvermerk im Produkt 010 111 140, Sachkonto 7 01012080 Erweiterung Fahrzeughalle Nierst auf.
2. Der Haupt- Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss stimmt der vorgelegten Entwurfsplanung zur Erweiterung der Fahrzeughalle in Meerbusch-Nierst, Stratumer Str. 54 zu. Die Verwaltung wird beauftragt – vorbehaltlich der Zustimmung des Bau- und Umweltausschusses - die Baugenehmigung einzuholen und die Baumaßnahme durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	16	2	

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage berichtet eingangs, die Maßnahme sei im Brandschutzbedarfsplan enthalten. In der heutigen Sitzung gehe es darum, die derzeitige Entwurfsplanung vorzustellen und den bestehenden Sperrvermerk aufzuheben.

Herr Klein erläutert anschließend anhand eines Folienvortrages die geplante Erweiterung der Fahrzeughalle. Hierbei habe die Verwaltung beachten müssen, dass sich die EU-Normen für Feuerwehrfahrzeuge geändert haben und dies zur Folge habe, dass die Fahrzeuge zukünftig größer seien, was einen größeren Platzbedarf in den Fahrzeughallen verursache. Dies sei bei der vorliegenden

Entwurfsplanung durch einen Vorbau beim Erweiterungsteil der Fahrzeughalle berücksichtigt. Hinsichtlich der Baukosten sei nach derzeitiger Berechnung eine Reduzierung auf 150.000 € möglich.

Ratsherr Eckert bittet um Angabe, ob die Dimensionierung des Vorbaus auch für mögliche zukünftige Veränderungen ausreichend sei. Dies sei nach Angabe von Herrn Klein nach derzeitigen Stand so.

Die Ratsherren Neuhausen und Damblon stimmen für ihre Fraktionen der vorgestellten Entwurfsplanung zu.

Ratsherr Rettig hingegen kritisiert das Vorgehen und die nicht ausreichende Information in der Beratungsvorlage zu den geänderten EU-Normen. Er fragt nach, ob eine provisorische Errichtung einer Fertiggarage ausreichend sein könne und wann nach dem Brandschutzbedarfsplan die Beschaffung eines der genannten größeren Feuerwehrfahrzeuge vorgesehen sei. Seine Fraktion lehne die vorgestellte Planung ab.

Herr Bechert führt hierzu aus, dass zur Sicherstellung der zukünftigen Eignung der Fahrzeughalle zur Unterbringung der erforderlichen Fahrzeuge bereits jetzt eine entsprechende Dimensionierung erfolgen sollte, auch wenn die konkrete Beschaffung eines solchen Fahrzeugs in Kürze nicht anstehe. Eine Fertiggarage sei aus Sicht der Feuerwehr keine Lösung.

Auf entsprechende Bitte von Ratsherrn Jung wird der Niederschrift der Lageplan für das Gebäude der Niederschrift als Anlage beigefügt.

9 Umbau des Feuerwehrgerätehauses in Meerbusch - Lank, Mühlenstraße **Vorlage: SIM/0072/2014**

Beschluss:

1. Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss stimmt der vorgelegten Vorentwurfsplanung zum Umbau des Feuerwehrgerätehauses in Meerbusch-Lank, Mühlenstraße zu.
2. Der bisher geplante Neubau des Gerätehauses an der Rottstraße wird aufgegeben. Der hier gültige Bebauungsplan ist zu ändern, so dass das Grundstück veräußert werden kann.
3. Die zeitliche Umsetzung der Maßnahme wird mit Beschluss des Brandschutzbedarfsplanes und im Rahmen zukünftiger Haushaltsplanungen festgelegt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert einleitend, dass es heute vorrangig darum gehe, von der derzeitigen Beschlusslage zur Errichtung eines Neubaus an der Rottstraße abzuweichen, um das dortige Grundstück alsbald einer Vermarktung zuführen zu können.

Anschließend erläutert Herr Klein anhand von Folien die mit der Wehrführung abgestimmte Planung zum Umbau des Feuerwehrgerätehauses am Standort Mühlenstraße und beantwortet Fragen hinsichtlich der Kosten und ob die Fahrzeughalle auch zukünftigen Anforderungen hinsichtlich ihrer erforderlichen Größe entspricht.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage führt weiter aus, die Verwaltung werde voraussichtlich in der kommenden Sitzung des Ausschusses einen überarbeiteten Brandschutzbedarfsplan vorlegen, in dem dann nähere Festlegungen zur Reihenfolge von Baumaßnahmen und zur Beschaffung von Fahrzeugen getroffen werden.

Ratsherr Radmacher bittet um Auskunft, aus welchem Grund nunmehr die Planung auf der Rottstraße aufgegeben werden soll und ob eine Vermietung der derzeit leerstehenden Wohnung im Gebäude Mühlenstraße bis zum Beginn der Baumaßnahme möglich sei.

Herr Bechert und Herr Klein beantworten diese Fragen dahingehend, dass die Reservierung des Grundstücks an der Rottstraße zunächst vorsorglich erfolgt sei. Nach Abstimmungen innerhalb der Feuerwehr habe diese sich jedoch dafür entschieden, am derzeitigen Standort Mühlenstraße verbleiben zu wollen. Eine zeitlich befristete Vermietung sei schwierig. Derzeit gebe es jedoch Gespräche mit einem u.U. interessierten Angehörigen des Löschzuges Lank.

Die Ratsherren Neuhausen und Rettig regen eine möglichst zeitnahe Umsetzung der vorgestellten Umbauplanung an.

10 Erweiterte Informationsangebote für Bürgerinnen und Bürger **Vorlage: BM/0032/2014**

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert zunächst kurz die Gründe der Informationsvorlage. Die Anfrage der SPD-Fraktion zur Bürgerbeteiligung soll unter diesem Tagesordnungspunkt beantwortet werden.

Anschließend stellen Frau Wiegand und Herr Gorgs anhand der entsprechenden Darstellung auf der städtischen Website dar, wie über das Ratsinformationssystem, der Möglichkeit eines Newsletter-Abonnements sowie Teilnahme an den sozialen Netzwerken Facebook und Twitter städtische Informationen abrufbar sind.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage geht sodann auf die Anfrage der SPD-Fraktion ein. Ziel sei es, die Bürger besser über Aktivitäten zu unterrichten und sie dadurch besser einzubeziehen. auch wenn eine Beteiligung der Bürger sich bereits jetzt auf vielfältigen Ebenen darstelle, wie z.B. bei Bürgeranhörungen zu Bauleitplanverfahren und Straßenbaumaßnahmen, Einbeziehung in Arbeitskreise, durch den Behindertenbeauftragten, den Seniorenbeirat, Elternräte in Kindertageseinrichtungen, Jugendamtsbeiräte, Stadtsportverband oder auch Schulkonferenzen.

Die Erarbeitung eines Beteiligungsmodells sei weder in der Antrittsrede noch in der Informationsvorlage zur heutigen Sitzung thematisiert worden. Ein solcher Anstoß für die Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungsprozessen könne ohne entsprechenden politischen Beschluss nicht durch die Verwaltung vorweggenommen werden, da sie die Arbeit des Rates und seiner einzelnen Mitglieder unmittelbar betreffe.

Verwaltungsseitig werde derzeit wie dargestellt daran gearbeitet, die vorhandenen Informationskanäle zu erweitern und die Inhalte zu verbessern.

Städte, in denen Bürgerbeteiligung ein Schwerpunkt der politischen Entscheidungsfindung sei, wie zum Beispiel Heidelberg und Heilbronn hätten zunächst in einem mehrmonatigen Prozess mit einer Arbeitsgruppe aus Bürgerschaft, Politik und Verwaltung Leitlinien zur Bürgerbeteiligung erstellt. Bereits während dieses Prozesses seien Koordinierungsstellen innerhalb der Verwaltung gebildet worden, die die Bürgerbeteiligung in den einzelnen Entscheidungsphasen planen, organisieren und begleiten (Heidelberg mit 150.000 Einwohnern 3 Mitarbeiter).

Die Mitarbeiter der Koordinierungsstellen seien intensiv geschult worden, damit sie die verschiedenen Methoden (Werkstatt, Bürger-Dialog, runder Tisch) nicht nur kennen, sondern auch situationsgerecht auswählen und einsetzen können.

Bei der Nutzung internet-basierter Fertiglösungen (wird von Heidelberg und Heilbronn nicht in Anspruch genommen) seien Kosten für den entsprechenden Dienstleister einzuplanen.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes bedankt sich für diese ausführliche Information.

Im Anschluss ergibt sich eine rege Diskussion, in der die Mehrzahl der Redebeiträge zum Ausdruck bringt, dass sich die Stadt mit den bisherigen Aktivitäten und den vorgestellten Erweiterungen auf einem guten Weg befindet. Zudem sei festzustellen, dass Bürgerbeteiligung auch Grenzen habe, da sich die Mehrheit der Interessierten lediglich projektbezogen einsetze.

Die Ratsherren Rettig und Schoenauer kritisieren die geübte Praxis der Zusammenarbeit mit den Medien über anstehende Sitzungen politischer Gremien. In der Vorberichterstattung zu diesen Sitzungen werde oftmals der Eindruck erweckt, die dort genannten Tagesordnungspunkte seien bereits beschlossene Sache, so dass sich der Bürger möglicherweise frage, aus welchem Grund eine Debatte hierüber noch geführt werde.

Herr Gorgs erklärt hierzu, dass dies im Allgemeinen nicht zutrefte und eher gute Erfahrungen mit der Weitergabe von Sitzungsunterlagen an die Presse zu verzeichnen seien.

Ratsherr Peters begrüßt eine frühe Information an Presse und Bürger, regt allerdings an, zukünftig bei anstehenden Entscheidungen häufiger Alternativen zu erarbeiten und vorzustellen.

11 Genehmigung von Dienstreisen der Ratsmitglieder **Vorlage: ZD/0001/2014**

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss genehmigt die im Zusammenhang mit der Entsendung von Ratsmitgliedern in die verschiedenen Gremien erforderlichen Dienstreisen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert die Beratungsvorlage.

12 2. Bericht zur Finanzsituation 2014 zum 31.08.2014 **Vorlage: SFI/0028/2014**

Der Bericht zur Finanzsituation zum 31.08.2014 wird dem Ausschuss vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt.

Herr Fiebig berichtet ergänzend über das Jahresergebnis 2013. Hier sei festzustellen, dass sich das veranschlagte Defizit von 6,5 Mio € trotz geringerer Gewerbesteuerereinnahmen durch Mehreinnahmen an anderer Stelle und geringeren Ausgaben auf nunmehr 3,6 Mio € verbessert habe. Für das Jahr 2014 rechne er ebenfalls mit einem verbesserten Ergebnis hinsichtlich des veranschlagten Defizits von 5,8 Mio € im Ergebnisplan, da die Gewerbesteuerereinnahmen konservativ ohne Berücksichtigung von Risiken geschätzt wurden und sich bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen eine Reduzierung von ca. 1,8 Mio € ergebe. Dies werde sich voraussichtlich auch für das kommende

Jahr 2015 zeigen. Dort sei in der mittelfristigen Finanzplanung bisher ein Defizit von 5,7 Mio € eingeplant. Aufgrund der aktuellen Zahlen ergebe sich jedoch voraussichtlich eine Verbesserung des Defizits auf 3,7 Mio €. Dies setze sich auch für die Folgejahre fort. Allerdings stellt er klar, dass es sich hierbei lediglich um eine Verringerung eines jährlichen Defizits handle und weitere Bemühungen zur Beseitigung des Defizits nötig seien. Anschließend beantwortet er weitergehende Fragen aus dem Ausschuss zu Krediten und Möglichkeiten aus dem derzeitigen niedrigen Zinsniveau am Kapitalmarkt.

Ratsherr Müller kritisiert die Höhe des Gesamtvollstreckungsvolumens und dessen Anstieg seit dem 30.04.2014. Er vermute die Verwaltung sei an dieser Stelle personell unzureichend besetzt und könne zu wenig tun, dieses Volumen einzudämmen bzw. zu reduzieren.

Herr Fiebig gibt hierzu an, dass der Anstieg auf einen unvorhergesehenen Einzelfall zurückzuführen sei. Möglichkeiten zur personellen Verbesserung werden derzeit geprüft. Im Übrigen sei festzustellen, dass es natürlich kein Vollstreckungsvolumen gebe, wenn alle Bürgerinnen und Bürger Ihre Abgaben ordnungsgemäß zahlen würden.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage ergänzt, dass die in der Rückschau gewonnenen Erkenntnisse aus der Entwicklung der tatsächlichen Ausgaben und Einnahmen zu einer Veränderung in der Ermittlung der geplanten Haushaltsansätze für das Jahr 2015 führen werde.

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss nimmt die Information zur Kenntnis.

13 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

14 Anfragen

14.1 Anfrage der SPD-Fraktion vom 2. September 2014 betr. Ausbau der Bürgerbeteiligung Vorlage: ZD/0007/2014

Die Anfrage wird bei Tagesordnungspunkt 10 beantwortet.

14.2 Anfrage der SPD-Fraktion vom 5. September 2014 betr. Krankheitsquote Vorlage: ZD/0008/2014

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erklärt, sie beantworte die Anfrage im nichtöffentlichen Teil der Sitzung (TOP 24). Hiergegen werden keine Einwände erhoben.

15 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

16 Termin der nächsten Sitzung

Die nächste Sitzung findet am 13. November 2014 statt.

17 Verschiedenes

17.1 Fluglärm

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage berichtet, dass der Flughafen Düsseldorf für Ende September 2014 zu einer Konsensrunde zum Thema Flughöhen bzw. Flugrouten eingeladen habe.

17.2 Stromkonverter

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage berichtet, sie habe mit Schreiben vom 01.09.2014 die Fraktionen über die in einer Bürgermeisterkonferenz erarbeiteten Fragen an die Fa. Amprion und deren Antworten sowie über das mit der Fa. Amprion abgestimmte weitere Verfahren unterrichtet. Danach sollte der beauftragte Gutachter Aussagen zu den bisher untersuchten und bewerteten Standortvarianten für einen Konverter erarbeiten. Dieses Gutachten sollte dann den Kommunen zugehen. Derzeit liegt es jedoch noch nicht vor. In der kommenden Woche finde eine weitere Bürgermeisterkonferenz beim Rhein-Kreis Neuss zu diesem Thema statt. Über den Stand werde sie dann in der nächsten Ratsitzung berichten.

Meerbusch, den 23. September 2014

Angelika Mielke-Westerlage
Bürgermeisterin

Wolfram Olbertz
Schriftführer/in